



Stadtverband Ginsheim-Gustavsburg



Stadtverband Ginsheim-Gustavsburg

Ginsheim-Gustavsburg, 19.02.2021

Gemeinsam für die Ortsentlastungsstraße Ginsheim

Mehr offene Fragen als Antworten ergab die Fragerunde der Ersteller der Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der geplanten Ortsentlastungsstraße Ginsheim. Die Ersteller der Untersuchung sowie Hessen Mobil waren digital zur Stadtverordnetenversammlung am 18. Februar 2021 zugeschaltet, um Rede und Antwort zu stehen. Viele Fragen blieben aber leider nicht oder nur unzureichend beantwortet.

Über drei Jahre ist es her, dass Freie Wähler, CDU und FDP gemeinsam mit dem Bürgermeister die städtischen Voraussetzungen zum Bau, die gesicherte Finanzierung erfüllt hatten -Damit hat die Stadt ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag 2006 erfüllt.

Nun lehnt das Land die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten aus dem geschlossenen Vertrag ab, und zwar mit Berufung auf eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die bereits im Mai 2020 fertiggestellt war, der Stadt aber erst im November letzten Jahres übergeben wurde.

Schon zu diesen Verzögerungen gab es einige Fragen, die niemand beantworten konnte.

Die den Stadtverordneten vorgelegte Untersuchung -sie bezeichnet sich selbst nicht als Gutachten- wurde auf Eckdaten von 1995 berechnet. Die Werte sind vollkommen veraltet und wurden mit dem Zinssatz von 1997 (3%) hochgerechnet – aktuell liegt der Leitzins bei 0%.

Diese Berechnungen führen vollkommen an der Realität vorbei. Einige Beispiele? In der vorliegenden Untersuchung wurde mit einem Benzinpreis von 75 Cent gerechnet. Die Kosten für eine Pkw-Stunde wurden im Bundesverkehrswegeplan (2015) bereits mit 35 Euro angegeben. Die vorliegende Untersuchung rechnet hier mit einem Wert von 15 Euro.

„Auf alle unsere fachlichen Fragen haben wir von den Auftraggebern und den Erstellern der Untersuchung gar keine, nur ausweichende oder nicht zufriedenstellende Antworten erhalten.“, so Jochen Capalo von den Freien Wählern.

Kurios wurde es bei der Berechnung des Lärms. Die Untersuchung rechnet hier mit Richtlinien von 1990. Die existierende und amtlich bekannt gemachte Richtlinie von 2019 wurde außer Acht gelassen, da sie erst am 1. März 2021 in Kraft tritt. Noch dazu wurde für die derzeitige Ortsdurchfahrt „lockere Randbebauung, Abstand zum Fahrbahnrand 10m“ angenommen.

„Für uns ist das beim Gedanken an die lärmgeplagten Anwohner des alten Ortskerns unfassbar. Genau wie die Äußerungen der Straßengegner, dass im alten Ortskern Ginsheim „nichts los“ sei.“, äußerte sich Johanna von Trotha kopfschüttelnd.

Dr. Alexander Rheinberger, Spitzenkandidat der CDU, trug auch juristische Bedenken am Vorgehen des Landes vor. So ist der Vertrag keineswegs so einfach kündbar, wie das Land sich dies wünscht. Hessen Mobil sprach für das Land von einem schwebend unwirksamen Vertrag – und das obwohl bereits mit der



Stadtverband Ginsheim-Gustavsburg



Stadtverband Ginsheim-Gustavsburg

St.-Florian-Straße ein Teil der Ortsentlastungsstraße umgesetzt wurde, mit der die Feuerwehr und das Baugebiet am Alten Sportplatz erschlossen wurden. Der Vertrag von 2006 erhält keinerlei Ausstiegsklausel auf Grund einer vermeintlichen Unwirtschaftlichkeit. Das Land berief sich auf einen sogenannten Wegfall der Geschäftsgrundlage – zwei unabhängig voneinander erstellte Rechtsgutachten haben aber bestätigt, dass sich das Land hierauf nicht berufen kann. Schließlich mussten auch die Ersteller der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zugeben, dass es sich bei dieser lediglich um eine rein volkswirtschaftliche Untersuchung handelt, die keine Aussagen zum geschlossenen Vertrag trifft. Den Erstellern ist der Vertrag nach eigenem Bekunden nicht einmal bekannt.

Daneben gab es auch Differenzen bei den Zahlen des Erstellers der Untersuchung und denjenigen von Hessen Mobil.

Der von Freien Wählern, CDU und FDP eingebrachte Antrag, die vorliegende Untersuchung aus den genannten Blickwinkeln zu überprüfen, wurde mehrheitlich angenommen. Die kruden Ausführungen und absurden Vorwürfe der Ausbaueegner, die darauf abzielten, den Antrag erneut um mehrere Monate zu verzögern, waren unverständlich und undemokratisch – zeugten jedoch davon, dass von dortiger Seite die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht wirklich gelesen, geschweige denn verstanden wurde.

Freie Wähler, CDU und FDP sehen nicht, dass die Berechnungen einer Überprüfung standhalten und stehen weiter zum Bau der Ortsentlastungsstraße.